

MAZ vom 13.02.2017

Panik vor dem Müllberg

Bürgerinitiative und Ortsbeirat Neuendorf schmieden Allianz gegen die Deponiepläne

Von Cindy Lüderitz

Neuendorf. „Ich will das Ding hier nicht haben“, sagte Gerrit Große, Landtagsabgeordnete der Linken, am Freitag in Neuendorf und brachte auf den Punkt, was Bürger und Kommunalpolitiker von den Plänen der Firma Flechtlingen halten, aus der Kiesgrube am Ortsrand eine Deponie für Bauschutt machen zu wollen.

582 000 Kubikmeter – das ist die Zahl, die den Einwohnern und allen, die mit dem Ortsteil des Löwenberger Landes verbunden sind, Angst macht. In dieser Größenordnung soll ab 2019 Bauschutt in der Grube am Ortsrand eingelagert werden.

Voraussetzung dafür wäre, dass die Kiesgrube aus dem Bergbaurecht entlassen würde und das Unternehmen alle Genehmigungen nach dem Deponierecht erlangen kann, erläuterte Gemeindebürgermeister Bernd-Christian Schneck. Seit Bekanntwerden der Pläne schlagen die Wellen in Neuendorf hoch. „In schnellen Zügen“, sagte Ortsvorsteher Werner Schulz, wurde eine Bürgerinitiative gegründet und eine offizielle Stellungnahme abgegeben. Wie die ausgefallen ist, können Besucher des Dorfes auf den Transparenten in den Straßen lesen: „Nicht mit uns“, steht da unter anderem geschrieben. Vor Politikern von der Kreis-

zur Bundesebene fasste Peter Hofmann, Sprecher der BI, bei einem Vor-Ort-Termin die für die Neuendorfer beunruhigenden Fakten zusammen. Seit zehn Jahren sei die Kiesgrube praktisch stillgelegt. Die Betriebstätigkeit wurde auf ein Minimum reduziert. Nun möchte Flechtlingen wieder abbauen und Raum für den Bauschutt schaffen. Neben der Abholzung von Wald wäre der Bau einer acht Meter breiten Zufahrt erforderlich. Käme die Deponie, würden nach Berechnungen der BI, mindestens acht bis zehn Lkw pro Tag von und nach Neuendorf rollen. Der Deponieberg soll nach den Plänen der Firma in einigen Jahrzehnten

mit der Baumkrone abschließen. Diese Wand würde laut BI Fallwinde nach sich ziehen und geringe Abstände zur Ortsbebauung – rund 30 Meter bis zur Deponiekante – entspräche nicht der Mindestanforderung. Noch hat die Firma keinen Antrag für ein erforderliches Planfeststellungsverfahren gestellt. Ziel der BI ist es, genau dieses Verfahren zu verhindern. An dieser Stelle hoffen die Einwohner auf die Unterstützung der Politik. Auf behördlicher Seite gibt es ein geteiltes Echo. Landesbetrieb Forst und Naturschutzverbände haben erste Einwände gegen das Vorhaben formuliert. Andere Behörden wie etwa der Landkreis hätten laut BI keine Bedenken geäußert.



Ich will das Ding hier nicht haben.

Gerrit Große
Landtagsabgeordnete